

Für Qualität braucht man Ressourcen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Anlässlich des Internationalen Bodenseetreffens vom 17. und 18. September haben die Verbandsspitzen der Bayerischen sowie Baden-Württembergischen Philologenverbände und der KMV ihre Situation dargelegt. Max Schmidt vom BPV hat diese Forderung in einem längeren Artikel erörtert (in: bpv, 8/9/2005, S. 3ff.). Ich will nur ein Passage daraus zitieren, welche von allgemeiner Gültigkeit zeugt: „Qualitätssicherung beginnt bei den Personen! Eine wesentliche Erkenntnis der vergangenen Jahrzehnte aus dem Bereich der Qualitätssicherung in der Wirtschaft besagt, dass ab einem gewissen Niveau auch immer weiter ausgeklügelte Formen von Kontrolle keinen Effekt mehr haben. Verbesserungen sind dann nur noch möglich, wenn man die Motivation der Beschäftigten steigert und deren Identifikation mit der Arbeit vergrössert. Flankierende Massnahmen sind gute Arbeitsbedingungen, eine leistungsgerechte Bezahlung und eine dem Einzelnen gegenüber immer wieder zu Ausdruck gebrachte Wertschätzung. Im Gegenzug erhält der Arbeitgeber vom Beschäftigten z. B. neben seiner Arbeitsleistung Loyalität, Anstrengungsbereitschaft, Einsatzfreude und damit einen grossen Gegenwert für die getätigte Investition.“

Motivierende Arbeitsbedingungen und die entsprechende Wertschätzung für die geleistete Arbeit erachte ich als massgeblich für die Situation der Lehrpersonen auf der Mittelschulstufe. Es gibt zu Bedenken Anlass, wenn Lehrkräfte der Sekundarstufe II nur noch ein reduziertes Pensum ausüben, damit sie überhaupt die geforderte Arbeit bewältigen können. Es gibt weiter zu denken, wenn sich Chefs von Fachgruppenverbänden an den Präsidentenkonferenzen äussern, dass die Qualität in unseren Schulen sinke, seit darüber gesprochen werde.

Für Qualität braucht man Ressourcen! Ressourcen heisst, dass die Lehrkräfte genügend Zeit haben, ihren Kernauftrag gewissenhaft ausführen zu können. Unter Ressourcen ist weiter zu verstehen, dass die Klassengrössen nicht noch weiter zunehmen, sondern dass diese in einem einigermaßen überschaubaren Rahmen bleiben. Ressourcen heisst letzten Endes auch, dass die Bezahlung leistungsgerecht bleibt.

Der Vorstand des KMV hat sich an seiner Klausursitzung die nötigen Gedanken zur aktuellen Situation gemacht. Wenn der Verband als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum verstanden werden will, dann braucht er mehr Ressourcen.

Wir haben dazu drei Leitideen formuliert:

In dieser Nummer

Seite 1

Qualität braucht Ressourcen

Seite 2

Klassengrösse

Seite 3

Autonomie Mittelschulen

Rückblick HV 2005

Seite 4

Bilinguale Maturität

Seite 5

Burnout (2)

Seite 6

Jahresgespräch mit RR Stöckling

STEMI

Seite 7

Bodenseetreffen 2005

Seite 8

Die goldene Rose des KMV

Verantwortliche Redaktion:

Kommission für Information und
Öffentlichkeitsarbeit:
Walther Baumgartner, Patrick Bernold,
Karl Brändle, Muriel Frauchiger,
Andreas Wenk

www.kmv.ch

Auflage 800

1. nach aussen nachhaltige positive Präsenz der Mittelschulen;
2. nach innen attraktives Dienstleistungs- und Unterstützungsangebot;
3. die Meinung des KMV wird von Entscheidungsträgern eingefordert.

Damit wir in den bildungspolitischen Prozess besser eingreifen und diesen effizienter mitgestalten können, brauchen wir mehr Handlungsfreiheit. Wir erachten die Zeiten, da der Verein als blosses Vernehmlassungsorgan verstanden wurde, als vorüber. Aktive Mitgestaltung setzt jedoch Informations-, Wissens- und Handlungskompetenz voraus. Mit einer Geschäftsstelle, die zu einem gewissen Prozentsatz für den KMV arbeitet, und einem Präsidium, das eine klare Entlastung wie auch bei anderen Verbänden (z. B. Lehrerverein) erhält, wäre ein guter Anfang gemacht. Ich schlage vor, dass die Mitglieder für eine bestimmte Zeit (etwa 3 Jahre) einen Probelauf in dieser Richtung genehmigen. Dazu braucht es aber auch eine Statutenänderung. Der Leitende Ausschuss hat nun Folgendes beschlossen:

Einberufung einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung am 8. November um 17.30 Uhr an der KSBG in der Aula Neubau. Gemäss Statuten ist dazu die Anwesenheit von zwei Dritteln aller Mitglieder nötig. Das wird mit Sicherheit nicht der Fall sein. Also empfehle ich keine Anwesenheit.

Einberufung einer zweiten **ausserordentlichen Mitgliederversammlung** am 20. Januar 2006 um 18.30 Uhr in der Migros Clubschule im Bahnhofsgebäude St. Gallen. Ich empfehle Anwesenheit so vieler Mitglieder wie möglich. Mit zwei Dritteln der Anwesenden können unsere Vorschläge zur Statutenänderung gutgeheissen werden.

Ich werde auf der Konventstournee nach den Herbstferien weitere Punkte erläutern und auf Fragen direkt Antworten geben können. Mein Dank gilt allen Mitgliedern des KMV! Alle anderen Lehrpersonen lade ich herzlich zur Mitgliedschaft ein. Nur mit gemeinsamen Kräften wird uns Erfolg beschieden sein.

Euer Präsident

Mathias Gabathuler

Grosse Klassen – kleine Kasse?

Eva Rothenberger, Präsidentin KBA

Die Qualität an Schulen ist nicht nur das Thema von öffentlichen Debatten und Zeitungsartikeln, es bewegt auch uns Mittelschullehrkräfte. Allzu oft wird die PISA-Studie, bei der es sich um eine Momentaufnahme des Bildungsstandes von 15-jährigen handelt, zitiert und nach den Gründen der Leistungsunterschiede des einen oder andern Landes gesucht.

Auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Klassengrösse und schulischem Erfolg ist in verschiedenen Ländern untersucht worden und hat zu kontroversen Ergebnissen geführt. Zum einen belegen deutsche Studien zur Bedeutung der Klassengrösse für Schule und Unterricht keinen wesentlichen Einfluss auf den Lernerfolg der Kinder, zum andern liessen sich in einer amerikanischen Studie (Student-Teacher Achievement Ratio „STAR“) Vorteile der kleineren Klassen von Grundschulern noch acht Jahre später im College nachweisen. Auch in der Schweiz wurden die Mathematikleistungen von 14-jährigen Jugendlichen untersucht (TIMSS-Studie, vgl. Moser, Ramseier, Keller und Huber 1997). Jugendliche aus kleinen Klassen (16 oder weniger Lernende) erzielten die besseren Ergebnisse als Schüler aus grossen Klassen (24 und mehr Lernende).

Wir Lehrkräfte wissen auch, dass es ein Unterschied ist, ob 30 oder 50 Ohren und Augen unserm Unterricht folgen. Wir sind uns bewusst, dass Lernen nicht nur passives Zuhören bedeuten kann! Soll unser Unterricht nach den Erkenntnissen der Bildungsforschung sowie den Inhalten unserer Aus- und Weiterbildung erteilt werden, so ist Methodenvielfalt angesagt. Wie sollen aber Gruppenarbeiten, Werkstatt- und Projektunterricht, offene Unterrichtsformen in Klassen mit 25 Schülerinnen und Schülern umgesetzt werden? Wie können wir unter diesen Umständen der individuellen Lernförderung gerecht werden?

Wer neue Lehr- und Lernformen verlangt, muss auch entsprechende Finanzierungsmittel bereitstellen!

Zwar werden mit den (über-)vollen Klassenbeständen Personalkosten gespart; doch bedeutet diese Reduktion oft eine Verlagerung der Ausgaben auf die Familienkassen, was die folgenden beiden Beispiele verdeutlichen: Eine Schülerin aus Walenstadt wurde von Sargans nach Heerbrugg umgeteilt. Die anfallenden Mehrkosten berappen die Eltern. Die Jugendliche verlässt ihr Elternhaus um 6.00 Uhr und kehrt an bestimmten Tagen erst gegen 19.30 Uhr heim. Wo liegen hier die Grenzen der Zumutbarkeit für eine 16-Jährige?

Eine Familie, die im Einzugsgebiet von zwei Kantonsschulen wohnt, kämpft mit dem Umstand, dass drei ihrer Kinder die Mittelschule in Wil besuchen, das vierte aber nach St.Gallen eingeteilt wurde.

Bestens bekannt sind uns Fälle von unzufriedenen Schülerinnen und Schülern, die während vier Jahren ein Schwerpunktfach zweiter Wahl belegen, weil sie dem Standort der Schule den Vorzug gegeben haben.

Aus diesen Gründen stellt sich die Frage, ob es sinnvoll und richtig sei, Jahr für Jahr die Formel „Maximale Klassengrösse gleich Schonung der Kantonskasse“ anzuwenden. Ausserdem bemängeln wir, dass der im Mittelschulgesetz verankerte Bildungsauftrag unter diesen Bedingungen nur begrenzt umgesetzt werden kann.

Autonomie Mittelschulen

Mathias Gabathuler, Präsident KMV

Das St. Galler Tagblatt hat es in seinem Artikel vom 28. September 2005 auf den Punkt gebracht: „Die Frage nach mehr Autonomie für die Mittelschulen ist etwas angegraut.“ Das Alte muss nicht unbedingt veraltet sein, das Neue nicht nur positiv.

Wie im Regierungsbericht vom 5. April 2005 zu lesen ist, stellt der Autonomiebegriff ein weites Feld mit vielen unterschiedlichen Vorstellungen dar; man kann jedoch im Allgemeinen Lehrplanautonomie, Organisationsautonomie sowie Finanzautonomie darunter verstehen. Die Stärkung der Schulleitungen im Rekrutierungs- und Einstellungsverfahren von Lehrpersonen oder mehr Finanzautonomie würden ihr operatives Geschäft stärken, wobei sich

dann das Erziehungsdepartement vermehrt auf die strategische Ausrichtung konzentrieren könnte. Die Lesart durch den KMV besteht darin, dass die Kompensationsregelung endlich korrigiert würde: Kompensieren ja, aber auch in positiver Hinsicht (bei Hauptlehrkräften); Berufsauftrag und Arbeitszeitreduktion zugunsten von Teamstunden (analog zur Volksschule); eigenes Budget für die Schulentwicklung; Assistenten auch für die Phil I-Bereiche; Geräteentschädigung für die Lehrkräfte sowie besondere Unterrichtswochen selber festlegen können. So weit, so gut!

Dass aber die vorberatende Kommission sich ganz im Gegensatz zur klaren Haltung unseres Erziehungschefs sowie zum Autonomiebericht äussern würde, hätte man nun doch nicht gedacht. Und – hopp-la! – nun haben wir's auf dem Tisch: Das Mittelschulgesetz soll revidiert werden. Das ist an sich nichts Übles, da das Gesetz über 20 Jahre alt ist. Doch eine Revision birgt auch Gefahren. Sie bietet Gelegenheit für die eine oder andere Instanz, mit dem Sparhammer zu zerschmettern, was in früheren Zeiten aufgebaut worden ist.

Wie geht es in dieser Sache nun weiter? Ich habe unserem Leiter vom Amt für Mittelschulen, Herrn Christoph Mattle, vorgeschlagen, dass unser Erziehungschef Leitlinien für die Revision formulieren soll, damit sich die Kommission darauf ausrichten kann. Die Kommission soll sich aus Vertretern des Amtes, der Rektoren, des KMV, der PK sowie dem VPOD zusammensetzen, damit eine möglichst breite Abstützung vorhanden ist und das Geschäft von der Basis getragen werden kann. Zudem soll die Kommission „Berufsauftrag“ im Gegenzug erst auf einem ausformulierten Gesetzestext ihre Arbeit aufnehmen.

Rückblick auf die Hauptversammlung 2005

Clemens Müller

Die diesjährige Hauptversammlung des KMV am 20. Mai im neuen Trakt der Kantonsschule am Burggraben zog so viele Mitglieder an, wie sie zuletzt wohl an den Protestveranstaltungen Ende der 90er

Jahre zu verzeichnen waren. Die Gründe für dieses sehr erfreuliche Ereignis sind sicher vielfältig: die Anziehungskraft des neuen Orts, die ‚zentrale‘ Lage, die Tatsache, dass der KMV an der grössten Schule des Kantons naturgemäss am stärksten vertreten ist. Bestimmt aber stand für viele Mitglieder das Motiv im Vordergrund, die Auswirkungen der Wahl von Mathias Gathuler zum Präsidenten an der vorjährigen Hauptversammlung aus erster Hand kennenzulernen und, wie sich deutlich zeigte, auch ihre anhaltende Unterstützung für diese Entscheidung kundzutun, die damals gegen den Wahlvorschlag des Vorstandes zustande gekommen war. Es musste klar sein, dass die erstmalige Wahl eines Kollegen in dieses Amt die Entscheidung für eine tiefgreifende Änderung der Politik unseres Verbandes sein musste.

Im Verlauf der Versammlung fanden die Fragen nach der Stossrichtung der neuen Verbandsleitung zweifellos Antworten. Neben den üblichen statutarischen Geschäften trug der Präsident in seinem Jahresbericht und im Traktandum zur aktuellen Entwicklung auf der Sekundarstufe II seine Überlegungen über die angestrebte zukünftige Entwicklung deutlich vor:

Für eine umfassende und einigermaßen professionelle Vertretung der Mitgliederinteressen ist der KMV an die Grenzen seiner Möglichkeiten gelangt. Mit den vorhandenen Ressourcen müsste die Leistungspalette redimensioniert werden. Eine bessere finanzielle Ausstattung (höhere Mitgliederbeiträge) und/oder der Zusammenschluss mit anderen Verbänden könnten die Handlungsmöglichkeiten verbessern und erweitern. Massnahmen, die zu diesem Ziel führen sollten, müssten sorgfältig vorbereitet werden. Sie betreffen Neuerungen in der Organisationsstruktur, allfällige Statutenanpassungen, einen Katalog der gewünschten Dienstleistungen. Insbesondere auch ein Zusammenschluss mit anderen Verbänden der Stufe böte die Möglichkeit, Ressourcen und Schlagkraft der Lehrerschaft der Sekundarstufe II insgesamt zu erhöhen. Als Partner für einen derartigen Zusammenschluss böten sich die Lehrkräfteverbände der jetzt kantonalisierten Berufsschulen an, wofür auch der als Gast anwesende Roland Günthör, Vi-

zepräsident des Verbands der Berufsschullehrkräfte SG/AR, plädierte.

Die Mitglieder zeigten ihr Einverständnis mit dieser Politik durch die einstimmige Annahme des Antrags, dass die Mitgliederversammlung den Vorstand beauftragt, ein Konzept zur Neuausrichtung, allenfalls zur Erweiterung zu erarbeiten und an der nächsten HV der Versammlung zu unterbreiten. Auch bei der Diskussion über das Budget zeigte sich deutlich die Bereitschaft, in Zukunft für die Leistungen des Verbands einen höheren Beitrag zu entrichten.

Durch Rücktritte und Wahlen wurde der Vorstand, der den Präsidenten bei dieser Herausforderung unterstützt, neu zusammengesetzt. Nach fünfjährigem Engagement zogen sich Doris Datz (AHLS Gosau) und Patrick Bernold (KS Wattwil/KS Wil) aus dem Vorstand zurück. Matthias Böhme trat als Kassier zurück, vertritt aber weiterhin die KS Brühl im Vorstand. Neu gewählt wurden Victor Beck (KS Brühl), Pedro Oliveras (KS Wattwil) und Christoph Koenig (KS Wil).

Anstelle eines Redners zu einem pädagogischen oder bildungspolitischen Thema hatte der Vorstand zwei Fachleute der kantonalen Verwaltung eingeladen. Heinz Baumgartner vom kantonalen Steueramt informierte zu steuerlichen Fragen zur Rentenversicherung, Rupert Horn, Stellvertreter des Leiters der Abteilung Versicherungskasse, orientierte über das kantonale Pensionskassensystem. Die wichtigsten Hinweise aus ihren Ausführungen sind auf der Internetseite des KMV abrufbar (www.kmv.ch – Info – Finanzielles).

Der Abend fand seine Fortsetzung und klang aus mit einem festlichen Abendessen in der neuen Mensa der Kantonsschule am Burggraben.

Bilinguale Maturität – Kompetenzen der Lehrkräfte

Arno Noger, Rektor KSBG

Die Ankündigung des Schulversuchs mit der „Zweisprachigen Maturität“ hat Fragen bezüglich der Kompetenzen der Lehrkräfte, die den bilingualen Fachunterricht am Gymnasium erteilen, aufgeworfen. Auf Anfrage des Präsidenten des KMV gebe ich

gerne einige persönliche Überlegungen dazu bekannt.

An die Englischkenntnisse der Fachlehrkräfte, die ihr Fach in englischer Sprache unterrichten werden, müssen sinnvoll hohe Anforderungen gestellt werden. Im Idealfall hat eine Lehrkraft die Unterrichtsbefähigung im fachwissenschaftlichen Bereich und in Englisch (z. B. Höheres Lehramt mit Hauptfach Geschichte und Nebenfach Englisch). So ideal sind die Verhältnisse aber selten, nicht zuletzt wegen der Einschränkungen in den Kombinationen der Studienfächer. Ebenfalls in Frage kommen Lehrkräfte, die bilingual aufgewachsen sind. Lehrkräfte, die auf anderem Weg zu guten Englischkenntnissen gekommen sind (Auslandsemester etc.), wollen wir möglichst auf das Niveau des „Proficiency“ bringen. Dazu werden schulintern oder schulübergreifend Weiterbildungsangebote geprüft. Falls der Schulversuch auf grossen Zuspruch stösst, wird bei der Neuanstellung von Lehrkräften deren Kompetenz in englischer Sprache und deren Bereitschaft zum Ausbau der entsprechenden Kompetenzen und zum bilingualen Unterricht mit ein Kriterium sein müssen. Sonst laufen die Schulen Gefahr, nach einigen Jahren einen Lehrkräftemangel in diesem spezifischen Bereich zu haben. Es stellt sich natürlich die Frage, ob Lehrkräfte aus dem englischen Sprachraum bereit wären, in unserer Region tätig zu werden. Falls dies der Fall wäre, müssten diese Lehrkräfte m. E. über einen universitären Master-Abschluss im Unterrichtsfach und über eine dem schweizerischen „Höheren Lehramt“ äquivalente Ausbildung verfügen. Für deren Anerkennung bestehen Vorschriften der EDK und eine „Kommission für die Anerkennung der Lehrdiplome“.

Die Anstellung von Lehrkräften war schon immer eine der ganz wichtigen und anspruchsvollen Aufgaben der Rektoren. Die Qualität des fachwissenschaftlichen Studiums, der Ausweis über die Lehrbefähigung auf der Sekundarstufe II, die Berufserfahrung, die Persönlichkeitswerte und weitere für die aktive Mitarbeit im jeweiligen Kollegium wichtige Kompetenzen (so neu auch die Englischkenntnisse ...) haben immer zusammen eine von Fall zu Fall unterschiedlich gewichtete Bedeutung

bei der Anstellung gehabt. Dies wird auch weiterhin der Fall sein.

Burnout erkennen

Pedro Oliveras, Antonia Schmid-Casati

Nachdem der Bericht zum Thema Burnout im letzten KMV-Bulletin auf grosses Interesse gestossen ist, wollen wir hier weitere Hinweise zu diesem Thema geben: Burnout ist eine statistische Tatsache und sicher fragt sich jede Lehrperson, ob auch sie davon betroffen ist.

Maslach und Jackson formulierten 1984: „Burnout ist eine emotionale, geistige und physische Erschöpfung.“ Burnout betrifft oft Menschen mit grossem idealistischen Engagement und mit hohen Anforderungen an sich selber.

Aufmerksam werden auf das Burnout-Syndrom ist der erste Schritt zur Prävention.

- Wo stehe ich als Lehrer und Mensch?
- Habe ich Reserven oder laufe ich am Limit?
- Wie gehe ich mit meinen Ressourcen um?

Die folgenden Punkte machen auf typische Problembereiche aufmerksam:

1. Ich leide häufig unter Schmerzen: Kopfschmerzen, Nackenverspannungen, Rückenschmerzen, Bauchweh etc.
2. Ich bekomme zu wenig Anerkennung für das, was ich leiste.
3. Durch meine Arbeit muss ich auf private Kontakte und Freizeitaktivitäten verzichten.
4. Ich habe den Eindruck, dass mir Zeit für Wesentliches fehlt.
5. Der Stoffdruck im Unterricht hat enorm zugenommen, ich fühle mich überfordert und frustriert.
6. Auf meine Kolleginnen und Kollegen kann ich mich nicht verlassen, ich arbeite über weite Bereiche für mich allein.

Diese Aussagen treffen mehr oder weniger auf alle Lehrpersonen zu. Wenn die obigen Stressfaktoren grösser sind als die Möglichkeiten zum Regenerieren, besteht die Gefahr eines Ausbrennens.

Burnout entsteht nach einer langen Zeit mit unausgeglichener work-live-balance. Je nach individuellen Ressourcen kann die Entstehung Jahre dauern.

In den nächsten KMV-Bulletins folgen weitere Tipps und Informationen zum Thema.

Jahresgespräch mit Erziehungschef H. U. Stöckling

Mathias Gabathuler, Präsident KMV

Am 13. April trafen sich Vertreterinnen und Vertreter des KMV und des VPOD zur Aussprache mit dem Erziehungschef und dem Leiter Amt für Mittelschulen (AMS). Da dieses Gespräch bereits vor geraumer Zeit stattgefunden hat, sind die Inhalte nicht mehr ganz aktuell bzw. in ihrem Prozess meist schon fortgeschritten. Wir haben aber mit dem Erziehungschef ausgehandelt, dass wir uns nun zweimal pro Jahr für die Aussprache treffen, um auf einem aktuellen Gesprächsstand zu bleiben. Aus diesem Grund werde ich nur auf die wichtigsten Punkte eingehen.

Aus den Mitteilungen von RR Stöckling ging als wichtigster Punkt die Information über die bilinguale Matura hervor. Für den KMV war bzw. ist es unverständlich, dass im Grundlagenpapier keine Ziele aufgeführt sind. Diesem Missstand sollte Abhilfe geschaffen werden. Die Auswirkungen auf die Anstellungsverhältnisse müssen ganz genau beobachtet werden.

Als zweiten Punkt wurden in einer längeren Diskussion die Reformen an den Mittelschulen diskutiert. Die Personalverbände sind sich einig, dass die Mittelschulen dadurch ein verbessertes Image in der Öffentlichkeit erhalten können. Doch die einzelnen Projekte bedürfen unbedingt eines Gesamtkonzepts, so dass nicht allzu viele Baustellen die Kernarbeit der Lehrpersonen über die Massen strapazieren.

Die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium wird nicht diskutiert, sie bleibt bestehen. Ganz anders kann sich das für die Übertritte an die FMS oder WMS gestalten. „Stellwerk“ könnte als Mittel für den prüfungsfreien Übertritt in diese Abteilungen gelten. Ich meine aber, dass dieses Instrument gut überdacht werden muss. Es darf nicht so weit kommen wie z. T. in anderen Kantonen, wo Schülerinnen und

Schüler zusammen mit ihren Eltern selber entscheiden können, ob sie eine Mittelschule besuchen wollen oder nicht.

Für die Aufnahme an die Pädagogische Hochschule soll die gymnasiale Maturität die Regel sein.

In Zukunft wird man im ED davon absehen, Fachschaftsberichte einzufordern. An ihre Stelle sollen wieder die individuellen Lehrerberichte treten. Ich hätte gerne eine Zusammenfassung der Lehrerberichte gehabt, was unser Erziehungschef aber nicht gestatten wollte. Vielleicht ergibt sich einmal eine Lösung.

Zu jenem Zeitpunkt stand für RR Stöckling und den Leiter AMS fest, dass kein Handlungsbedarf für eine Revision des Mittelschulgesetzes bestehe. Die Ereignisse haben aber bekannterweise eine Richtungsänderung genommen.

Grundsätzlich würden es KMV und VPOD begrüßen, wenn die Kommunikationssituation zwischen ED und den Verbänden verbessert würde. So könnte man diversen Missverständnissen vorbeugen. Inzwischen sind wir bereits auf gutem Weg dahin.

Unter diesem Aspekt sollte es auch nicht wieder vorkommen, dass die Verbände z. B. als Konsultativorgan beim Zusammenschluss von PHR und PHS zur neuen PHSG eingeladen werden sollten, sie aber letzten Endes bloss Stellung zur Vernehmlassung nehmen können.

Zum Schluss konnte der KMV zusammen mit dem Leiter AMS noch einige Anliegen zu den Dienstverhältnissen von verschiedenen Lehrkräften erörtern und Lösungen finden.

Alles in allem war die Atmosphäre konstruktiv, so dass wir uns von den nächsten Treffen einiges versprechen.

Evaluation von STEMI

Mathias Gabathuler

Die ersten Kolleginnen und Kollegen haben das STEMI-Verfahren durchlaufen und uns von ihren Erfahrungen berichtet. Diese sind nicht nur „durchwegs positiv“, wie es von amtlicher Stelle verlautet.

Die Idee, dass die Evaluation des eigenen Tuns zur Selbstverständlichkeit werden sollte, ist durchwegs zu begrüßen. Das soll kompetent und professionell geschehen. Das Verfahren, wie es sich jetzt bietet, weist jedoch noch grosses Verbesserungspotenzial auf.

Positiv sind die Unterrichtsbesuche der Schulleitungsmitglieder, also von Fachpersonen auf der Gymnasialstufe. Ihr Feedback kann einen im Tun bestätigen und kritische Gedanken zur Weiterentwicklung des Unterrichts einbringen.

Das Erstellen der Berufsdokumentation hat die betroffenen Kolleginnen und Kollegen persönlich nicht weitergebracht. Wer seinen Lehrerberuf gewissenhaft ausführt, erstellt in seinem Geist stets eine Berufsdokumentation, kommentiert und hinterfragt seine Arbeit. Die für diese Arbeit notwendige Zeit und Energie könnte wohl um einiges sinnvoller in die Entwicklung guter Unterrichtsprojekte investiert werden. Der dafür nötige Zeitaufwand ist um vieles grösser als derjenige, der in die besuchten Lektionen und Gespräche investiert wurde. Wenn an der Dokumentation festgehalten wird, dann soll sie geleitet sein. Man könnte anstelle des STEMI-Einführungstags, dessen Sinn schwer einzusehen ist, ein Gefäss schaffen für die professionelle Auswertung in Form einer Dokumentation. Dieser Prozess würde dann aber durch einen Coach, dessen Arbeit zu einer vertieften Auseinandersetzung mit der Materie führt, begleitet.

Grundsätzlich haben wir es wohl bei diesem Instrument der Qualitätssicherung mit einem weit verbreiteten Problem zu tun (man vergleiche den Aufsatz von Rolf Dubs: *New Public Management und die Führung der Schule*, 2005): In den Ämtern entstehen akzeptable Ideen, wie sich durch die Professionalisierung des Lehrerberufs dieser Berufsstand ein gutes Image verschaffen könnte. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wir meinen sogar, dass wir uns den Tendenzen der Zeit nicht verschliessen sollten, dies nur schon wegen der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Diese neuen Instrumente, LQS bzw. STEMI und viele andere mehr, müssen aber unbedingt in ein strategisches Gesamtkonzept implementiert werden. Ein solches müsste aber bereits vorhanden

und sowohl den Lehrkräften wie auch allen anderen Beteiligten (Regierung, Verwaltung und Parlament) bekannt sein. Nur dann wird das neue Instrument nicht als etwas Lästiges empfunden, das man einfach über sich ergehen lassen muss, sondern wird verstanden, als sinnvoll empfunden und akzeptiert. Dazu müssen unbedingt die Behörden- bzw. Verwaltungsstrukturen angepasst werden. STEMI setzt Professionalität voraus; diese kann aber nicht nur von den Beurteilten verlangt werden, sondern die Beurteilenden müssen dies vormachen. Das ist mit den jetzigen Instrumenten (Aufsichtskommission und Schulleitung, die das auch nur bedingt vermag) nicht gegeben.

Wir erwarten, dass das STEMI-Verfahren bald evaluiert wird, und zwar unter Einbezug aller Lehrkräfte, welche bereits in den Prozess involviert waren, damit Erkenntnisse gewonnen werden, wie man das Instrument verbessern kann bzw. wie man dies umsetzen könnte. Dazu braucht es eine offene Kommunikation gegenüber den Lehrpersonen, so dass sie bereit sind, an der Verbesserung ihrer Tätigkeit zu arbeiten. Dabei sind zwei Punkte unabdingbar: Gesamtkonzept definieren und erläutern sowie die Ziele des Verfahrens klar kommunizieren.

Internationales Bodenseetreffen 2005

Clemens Müller

Zum 46. Bodenseetreffen der Lehrkräfte Höherer Schulen vom 17. und 18. September hatte der Bayerische Philologenverband ins Hotel Bad Schachen nach Lindau eingeladen. Der Morgen war dem Informationsaustausch der Vorstände der beteiligten Verbände gewidmet (Baden-Württemberg, Bayern, St. Gallen). Bei allen Unterschieden zwischen der deutschen und unserer Organisationsform (Deutschland: frühe Differenzierung, das Gymnasium beschult ab dem 5. Schuljahr; zentralistische Vorgaben von Unterrichtsinhalten und Prüfungen mit wenig individuellem Spielraum für Lehrkräfte und Schulen) sind die Gymnasien grenzüberschreitend von gemeinsamen, leider insgesamt nicht sehr erfreulichen Entwicklungen in der Bildungspolitik betroffen.

Überall wird eine Verbilligung der Gymnasialbildung durch Kürzung der Gymnasialzeit, Erhöhung von Lehrpensen und Klassengrößen angestrebt. Eine besondere Form der daraus folgenden Entwertung des Abiturs droht in Bayern, wo in der Neuregelung des Universitätsgesetzes (Bologna führt auch hier zunächst zu einer ungeahnten und ungeplanten Verunklärung des Zusammenhangs von Gymnasium und Universität) vorgesehen ist, dass das Abitur lediglich 50% der Voraussetzungen für die Aufnahme an eine Universität bilden soll! Die kompetente Information bezüglich des Studiums von Seiten der Gymnasien soll momentan fast unmöglich sein. Vor diesem Hintergrund beschlossen die Vorstände, unter Federführung des Bayerischen Philologenverbandes eine internationalen Fachtagung zur Positionierung der Gymnasien in der aktuellen Bildungslandschaft zu organisieren, der im Umkreis der Uni St. Gallen stattfinden soll.

Das allgemeine Samstagsprogramm lud zur Besichtigung des für die Geschichte der Region hochinteressanten Schlosses Waldburg bei Ravensburg ein; das Thema des Referats und der Diskussion am Sonntag war der zeitgemässe gymnasiale Schulhausbau, dessen Bedürfnisse in Deutschland durch den Einbezug der Primarschulstufe anders gelagert sind als in der Schweiz; immerhin war ein Schweizer Experte, der Zürcher Adrian Scheidegger, als Referent eingeladen.

Ein Hauptzweck der Tagung ist nach wie vor der informelle Austausch von Gymnasiallehrkräften über die Schul- und Landesgrenzen hinaus. Diese Gelegenheit wird von unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen als erfreuliche Insel im Berufsleben gerne genutzt, während sie von den Mitgliedern unseres Verbandes eher als zusätzliche zeitliche Belastung verstanden wird, wie deren zahlreiches Erscheinen an diesem sehr empfehlenswerten Anlass zeigte.

Die goldene Rose des KMV ...

Clemens Müller

... für fortschrittliche, lehrkräftefreundliche Entwicklungen soll hiermit erstmals vergeben werden: an die Schulleitung der Kantonsschulen, die auf das laufende Semes-

ter hin das stille Wirken der Fachgruppenpräsidien aus ihrem Schulleitungs-Lektionenpool entschädigen. An der KSBG erhalten die Fachgruppenchefs neu eine Entlastung von 0.2 Jahreswochenlektionen, was einer Abgeltung von 20 Arbeitsstunden entsprechen soll (die aufwendigeren Naturwissenschaften erhalten 0.4, Turnen und Sport 1 JWL). Grund oder Folge dieser Entlastung ist der Katalog der Aufgaben, die mit diesem Amt verbunden sind; er umfasst die Organisation der Zusammenarbeit in der Fachgruppe, Präsenz und Mitarbeit in schulischen ad hoc-Gremien, Aufsicht über fachgruppenspezifische Infrastruktur, Registrierung und Meldung besonderer Leistungen von Fachgruppenangehörigen etc. etc. – was eben so anfällt im komplexen Schulalltag und Jahreslauf.

Wenn man sich dieses Pflichtenheft in seiner ganzen Vielfalt anschaut, wundert man sich fast, dass diese Aufgabe so bescheiden kompensiert wird, und stellt sich unwillkürlich auch die Frage, wie es denn mit einer Anerkennung des Wirkens der kantonalen Fachpräsidien steht, die bekanntlich auch nicht die reinen Sinekuren sind. Aber dann erinnert sich der Bericht-ersteller ebenso plötzlich daran, dass wir als Akademiker schliesslich und insgesamt für ein pauschales Honorar arbeiten und nicht für einen Stundenlohn, sonst müssten wir unverzüglich den detaillierten Berufsauftrag verlangen und unsere Leistungen vielleicht analog zu den Ärzten nach einem Tar-Edu Tarif abrechnen lassen, und dann wäre es auch an der Zeit, dass jedermann sich einer Bildungsversicherung anschliesse – in einer tapferen neuen Bildungswelt.

Freitag, 20. Januar 2006

Ausserordentliche Versammlung
Migros Klubschule St. Gallen:
Grundsätzliche Ausrichtung des KMV
(vgl. Leitartikel des Präsidenten und
Rückblick auf HV 2005)